

Kritidis, Gregor: *Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Hannover: Offizin Verlag 2008. ISBN: 978-3-930345-61-8; 582 S.

**Rezensiert von:** Jens Becker, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main

Inzwischen gehört es zum guten Ton, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die damit verbundene sozio-ökonomische und politische „Modernisierung“, als Erfolgsstory zu bezeichnen. Die von Frankreich, Großbritannien und den USA mit Nachdruck betriebene, von der Bundesrepublik aber auch eigenständig angeeignete „Westernisierung“ – die Etablierung der parlamentarischen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft – gilt als Strukturprämisse, die, von einer langfristigen Perspektive betrachtet, wesentlich zum Ende des ostdeutschen Parteikommunismus und zur Vereinigung beider deutscher Staaten beigetragen habe.<sup>1</sup> Die „Fundamentalliberalisierung“ der Bundesrepublik (Jürgen Habermas), die viele Substrate des alten deutschen Obrigkeitsstaates und -denkens aufgelöst hat, wäre jedoch ohne die Blockkonfrontation des Kalten Krieges und die „Westernisierung“ der wichtigsten Organisationen der Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften, wesentlich schwieriger durchsetzbar gewesen.<sup>2</sup>

Die Proteste der Ostermarschbewegung gegen die Einführung der Wehrpflicht und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr oder der Kampf der Gewerkschaften für die Demokratisierung der Wirtschaft bleiben in Standardwerken zur Geschichte der Bundesrepublik nicht selten unterbelichtet.<sup>3</sup> Gleiches gilt für das Ringen des linkssozialistischen Flügels in der SPD mit dem Parteiapparat und für den grundlegenden Dissens über das Godesberger Programm. Der Sieg der „Reformer“ um Willy Brandt, Willi Eichler oder Helmut Schmidt über die „Traditionalisten“ um Wolfgang Abendroth, Otto Brenner oder Peter von Oertzen demonstriert hingegen den Realismus der SPD-Führung und das Scheitern „linker“ Politikentwürfe.

Die Dissertation von Gregor Kritidis kreist um diese Themen, die in der damaligen Politik und Publizistik einen großen Widerhall fanden. Sie gibt einen umfangreichen Überblick zu den politischen, organisatorischen und theoretischen Formierungsbemühungen der linkssozialistischen Opposition zwischen 1945 und 1962. Dabei ergreift der Autor durchaus „Partei“, wenn er eine Lanze für die „freiheitlich-sozialistischen Strömungen der Arbeiterbewegung“ bricht (S. 12). Gemeint sind die „sogenannten Zwischengruppen jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus“: etwa die Kommunistische Partei-Opposition (KPD-O), die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) oder der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK), aber auch Syndikalisten, Trotzlisten und andere antistalinistische Gruppierungen. Ein Teil ihrer Akteure fand sich nach 1945 in der SPD, KPD oder bei den Gewerkschaften wieder. Ihre publizistischen und organisatorischen Bestrebungen, so Kritidis, stellten nicht nur „Behelfsbrücken“ (Peter von Oertzen) dar, sondern fungierten gleichsam als ein Laboratorium für eine sozialistische Politik (S. 540), an das die Protestbewegungen Mitte und Ende der 1960er-Jahre anknüpfen konnten.

Der Autor stützt sich auf Nachlässe von Wolfgang Abendroth, Fritz Lamm, Erich Gerlach und anderen Zeitgenossen aus dem linkssozialistischen Umfeld, die sich im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam (IISG) befinden. Des Weiteren verwendete er Aktenbestände des Archivs der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Abendroth, Lamm, Theo Pirker und Peter von Oertzen) sowie private Sammlungen, insbesondere von Wolfgang Hindrichs. Ferner dienten ihm zahlreiche zwischen 1999 und 2007 geführte Zeitzeugeninterviews als Hintergrundmaterial. Die umfangreichen Nachlässe wichtiger linkssozia-

<sup>1</sup> Vgl. dazu Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

<sup>2</sup> Grundlegend: Julia Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003.

<sup>3</sup> Vgl. etwa Marie-Luise Recker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 2005.

---

listischer oder -sozialdemokratischer Protagonisten, die im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung aufbewahrt sind, wurden hingegen nicht herangezogen.

Im Mittelpunkt der Studie stehen die bereits erwähnten großen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit auf der einen und die Politik von SPD, Gewerkschaften und ihren linken Kritikern auf der anderen Seite. Letztere engagierten sich bis zum legendären Godesberger Parteitag oftmals in der SPD. Sie setzten ihre Hoffnungen auf den „demokratischen Sozialismus“, über dessen Ausbuchstabierung in den Debatten zum Godesberger Programm heftig gerungen wurde. Wo es notwendig erscheint, bezieht Kritidis den Parteikommunismus in Ost- und Westdeutschland in die Untersuchung ein. Der Hauptfokus liegt jedoch bei der SPD – für die marxistischen „Linken“ ein „Sumpf zum Strampeln“ (Fritz Lamm). Dabei geht es implizit oder explizit besonders um das Verhältnis der linkssozialistischen oder marxistischen Protagonisten zur SPD: Pragmatismus oder Konfrontation, Klassen- oder Volkspartei, Bernstein oder Marx, Pro oder Contra Wiederbewaffnung, Solidarität mit dem oder Preisgabe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und der Sozialistischen Fördergesellschaft (SFG) etc.

In der Lesart des Autors liefen die linken Protagonisten immer wieder den verschiedenen Varianten des vom Parteiapparat vorangetriebenen Modernisierungs- und Anpassungskurses hinterher. Manche – etwa Fritz Lamm oder Peter von Oertzen – gingen dabei bis an den Rand der Selbstverleugnung. Andere – wie Viktor Agartz oder Theo Pirker – wurden marginalisiert und (in diesem Falle) aus wichtigen Funktionen im DGB verdrängt. Wer das Kapitel über die Gruppe Agartz und den Weg zur „Wiso“ liest (Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), bekommt einen Einblick in die realen oder vermeintlichen Abgründe formaldemokratischer Bürokratien in einer antikommunistisch geprägten Zeit.

Kritidis greift auf Oskar Negts Terminus des „angstbesetzten Institutionalismus“ zurück (S. 15), um die Stellung des DGB in der Adenauer-Ära zu charakterisieren. Deutlich wird dies im Umgang des DGB-

Bundesvorstandes mit Agartz und seinen Mitarbeitern, die unverhohlen für einen antikapitalistischen Kurs des DGB plädierten. Pointiert arbeitet der Autor die Stärken und Schwächen des zeitweiligen DGB-Chefökonomens heraus, an dessen Sturz insbesondere christliche Gewerkschafter um Oswald von Nell-Breuning beteiligt waren. Nachdem Agartz die Leitung des „Wiso“ entzogen wurde, versuchte er mit SED-Geldern publizistisch zu reüssieren. Als dies erkennbar wurde, sahen sich wichtige Verbündete gezwungen, auf Distanz zu gehen – darunter prominente Intellektuelle wie Wolfgang Abendroth und Gewerkschafter wie Otto Brenner. Agartz wurde wegen Hochverrats angeklagt. Trotz seines Freispruchs durch den Bundesgerichtshof 1957, so Kritidis, ließ das gesellschaftspolitische Klima in der Bundesrepublik keine Rehabilitierung zu. Der „Fall Agartz“ zeige, wie berechtigt es sei, auf den Restaurationsbegriff von Walter Dirks zu rekurrieren, den dieser in seinem Artikel „Der restaurative Charakter der Epoche“ 1946 entwickelt habe.

An Beispielen – etwa anhand der Zeitschriften „Sozialistische Politik“ (SoPo) und „Andere Zeitung“ – zeigt Kritidis, wie intensiv sich zumeist linkssozialistische Intellektuelle oder Arbeiterintellektuelle mit den Zäsuren der Nachkriegsentwicklung auseinandersetzten. Die verschiedenen politischen Konzeptionen und Konkurrenzkämpfe innerhalb der Linken werden instruktiv geschildert. Einen breiten Raum nehmen auch die Konflikte innerhalb des SDS und der SFG auf der einen und mit der Mutterpartei auf der anderen Seite ein, die darin gipfelten, dass auf Drängen der SPD-Führung ein Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst wurde, um linke, marxistische Kritiker hinauszudrängen. Deutlich wird, welchen grundsätzlichen Charakter diese Auseinandersetzungen nach dem Godesberger Parteitag annahmen. Es ging darum, innerhalb der SPD weiterhin für eine sozialistische Transformationsoption werben zu können – ein Ansinnen, das vom Parteivorstand, der die Regierungs- und Bündnisfähigkeit der neuen Volkspartei anstrebte und alle programmatischen und politischen Schwachstellen vermeiden wollte, zu dieser Zeit nicht akzeptiert werden konnte.

Gregor Kritisidis hat eine umfangreiche Archäologie des Linkssozialismus in der Adenauer-Ära vorgelegt. Seine These, die sozialistischen Strömungen hätten sich in der Defensive behaupten können, hat er einer eingehenden Prüfung unterzogen: Die betrachteten Gruppen drohten zwischen KPD und SPD zerrieben zu werden. Ihr Werben, gesellschaftliche Emanzipationsprozesse in Form von politischen und sozialen Kämpfen voranzutreiben und weiterhin die „Machtfrage“ zu stellen, bot für die nachfolgenden Protestgenerationen Anknüpfungspunkte. So hat Kritisidis die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland aus einer anderen, vom wissenschaftlichen Mainstream vernachlässigten Perspektive beschrieben. Die vorliegende Monografie schließt eine Forschungslücke, denn zur Geschichte der linkssozialistischen Strömungen in der frühen Bundesrepublik gab es bisher keine kompakte, auf Primär- und Sekundärmaterialien beruhende Gesamtdarstellung. Der mitunter „parteiische“ Blick des Autors trübt nicht den Forschungsertrag dieser Arbeit.

HistLit 2008-4-167 / Jens Becker über Kritisidis, Gregor: *Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Hannover 2008, in: H-Soz-Kult 24.11.2008.